

Krise des Marxismus oder Krise der Demokratie? *Ein Gespräch zwischen Norberto Bobbio und Otto Kallscheuer*

Vorbemerkung: Norbert Bobbio – ein politischer Philosoph

Ein *politischer Philosoph* ist Norbert Bobbio (geb. 1909) schon von seinem Fachgebiet her: Seit 1948 ist er Ordinarius für Philosophie des Rechts und Philosophie der Politik an der Universität Turin und Herausgeber der *rivista di filosofia*. Einer der großen Universitätslehrer Italiens, gehört er – durch zahlreiche Publikationen auf diesem Gebiet¹ – auch international zu den bedeutendsten Vertretern einer politischen Philosophie, die von »Hobbes bis Marx« (wie der Titel eines seiner wichtigsten Bücher lautet) gleichermaßen zeitgenössisch wie 'klassisch' ist.

Ein *politischer Philosoph* ist Bobbio jedoch auch in einem spezifischeren Sinne: als wichtigster heutiger Vertreter einer '*liberalen*' politischen Kultur jener Strömung *der sozialistischen Intelligenz Italiens*, die bis auf Piero Gobetti's »La rivoluzione liberale« (1922) und Carlo Rosselli's »Socialismo liberale« (1930) zurückgeht und die aus dem Scheitern des liberalen Staates gegenüber dem Faschismus die Schlußfolgerung der Verbindung der liberalen Freiheitsprinzipien mit der sozialistischen Arbeiterbewegung gezogen hatte.² Mit dem »Partito d'Azione«, der 1942 gegründeten Aktionspartei, zu deren Gründungsmitgliedern Bobbio gehört, hat diese 'liberal-sozialistische' Intelligenz dann einen entscheidenden Beitrag zum antifaschistischen Befreiungskrieg geleistet. »Die Aktionspartei war eine neue Partei«, erzählte mir Bobbio, »eine vor allem aus Intellektuellen zusammengesetzte Partei, die jedoch nicht alleine der theoretischen Diskussion eine große Bedeutung zuschrieb, sondern vor allem dem bewaffneten Kampf während der Zeit der deutschen Besatzung.« Von den fünf Parteien des nationalen Befreiungskomitees (CLN) wurde der bewaffnete Kampf gegen die deutsche Okkupation praktisch alleine von den »Brigate Garibaldi« der kommunistischen Partei und den »Brigate Giustizia e Libertà« der Aktionspartei getragen. Daher waren, wie Bobbio erzählt, die Beziehungen zwischen kommunistischer und Aktionspartei im Widerstandskrieg sehr eng: »Es waren Beziehungen von wechselseitigem Respekt, aber bei Anerkennung der Differenzen in den Positionen. Es gab eine Kampfesgemeinschaft und vor allem eine Gemeinsamkeit in der Tatsache, Träger einer neuen politischen Erfahrung zu sein, einer neuen Ideologie, die keinerlei Verbindungen mehr zur Vergangenheit hatte. Wir hatten nämlich damals die Illusion, daß alle alten Parteien des vofaschistischen Italien völlig von der Weltgeschichte ausgelöscht worden seien. Und wir von der Aktionspartei – die ja eine neue Partei war – glaubten, daß die beiden Parteien, denen nach der Befreiung die Rolle der Protagonisten zukommen würde, die beiden neuen Parteien sein würden: die kommunistische Partei und die Aktionspartei. Die kommunistische Partei ist dann in der Tat eine protagonistische Partei im Nachkriegsitalien gewesen, während die Aktionspartei durch die ersten Wahlen des Juni 1946 zur verfassungsgebenden Versammlung völlig eliminiert worden ist, denn sie wurde von der alten Sozialistischen Partei völlig an den Rand gedrängt.«³ Während viele Mitglieder der Aktionspartei – »dieser klassischen Intellektuellenpartei, die in ihrer ersten Wahlschlacht vernichtend geschlagen wurde« (Bobbio) – dann in der Folgezeit die politische Führungselite der italienischen Republikaner, Sozialisten und Sozialdemokraten bestückt haben (Giorgio La Malfa, Riccardo Lombardi, Francesco De Martino, Vittorio Foa, Aldo Garosci gehören zu den bekanntesten), hat sich Norberto Bobbio seitdem von der direkten Parteipolitik zurückgezogen und ist zum wichtigsten Vertreter jenes Typs des *engagierten Intellektuellen* geworden, den er selbst 1954 folgendermaßen beschrieben hat: »Eher den Kommunisten verwandt, wenn es sich darum handelt, sich über das Elend, den Analphabetismus, die antiquierte Struktur des (christdemokratischen) Staates der 'Barone' und der Großindustriellen zu empören, (fühlen wir uns

aber eher den Liberalen verwandt, wenn es darum geht, für die Freiheit gegen gewisse Unterdrückungen, gewisse Säuberungen und gewisse Prozesse zu protestieren. Und natürlich werden diese Intellektuellen gleichzeitig von der einen Seite angeklagt, die 'Schweizer Garden' der Reaktion zu sein, wie sie von der anderen Seite als 'nützliche Idioten' des internationalen Kommunismus angeklagt werden.⁴

In seinen berühmten, heute schon zur italienischen Kulturgeschichte gehörenden⁵ Auseinandersetzungen der 50er Jahre mit kommunistischen Theoretikern wie Ranuccio Bianchi-Bandinelli, Galvano Della Volpe und Palmiro Togliatti verteidigt Bobbio vor allem zweierlei: die '*bürgerlichen Freiheitsrechte*' und die Regeln der repräsentativen Demokratie gegen den Vorwurf, bloße Herrschaftsform der Kapitalistenklasse zu sein; und die *Freiheit der Kultur* gegenüber der Forderung der kommunistischen Kulturpolitik an die Intellektuellen, zum Träger einer bestimmten klassen- und parteipolitischen Linie zu werden.⁶

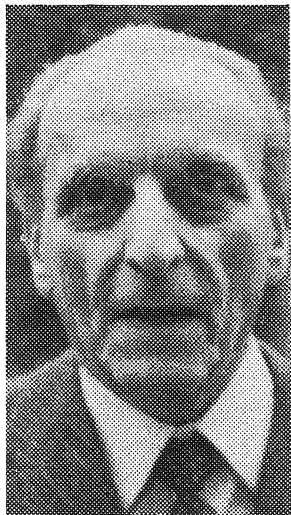
Seit jener Zeit haben sich, wie Bobbio heute selbst sagt⁷, die Standpunkte von Kommunisten und 'liberal-sozialistischer' Kritik sehr einander angenähert. Dies wird vor allem deutlich an den Diskussionen in der italienischen Linken über 'Hegemonie und Pluralismus', die das Annähern der KPI an die Regierungsbeteiligung, und über die 'Krise des Marxismus', die das Scheitern des kommunistischen Versuchs einer Regierungsübereinkunft mit der herrschenden Christdemokratie begleitet haben und die auch der deutschen Linken in Übersetzungen bekannt geworden sind.⁸

Obleich er niemals Marxist gewesen ist, hat Bobbio sich an der Diskussion der marxistischen Theorie⁹ ebenso beteiligt wie an der Edition wichtiger marxistischer Texte.¹⁰ Wie er gerade *durch seine Kritiken an der KPI zur Geschichte des italienischen Eurokommunismus* gehört, so ist auch sein Verhältnis zur Sozialistischen Partei keineswegs spannungsfrei (wie auch aus einigen Nebenbemerkungen im folgenden Interview hervorgeht). In den 60er Jahren Befürworter der dann gescheiterten Wiedervereinigung von Sozialisten und Sozialdemokraten, arbeitet er heute - obwohl kein Parteimitglied - regelmäßig an der theoretischen Zeitschrift der PSI *Mondo Operaio* mit. Dabei legt er jedoch beständig den Finger auf die Wunden der auch durch ihren jüngsten Erfolg bei der Regionalwahlen keineswegs überwundenen *Identitätskrise der Sozialisten*¹¹ unter der Führung Craxi, die gleichzeitig mit der »Kultur des Dissenses« und der Radikalen Partei Marco Panella's flirtet und unter der Parole der »Regierbarkeit« unter Ausschluß der KPI mit Christdemokraten und Republikanern in der letzten Regierung Cossiga saß.

Auf diese Weise - so schrieb Bobbio im Februar des Jahres - wird die sozialistische 'Alternative', die die PSI dem 'historischen Kompromiß' der Kommunisten entgegensetzen will, nicht möglich, ja nicht einmal glaubwürdig: »Ich bin der Auffassung, daß die einzige Art und Weise, die 'Alternative' glaubwürdig und damit möglich zu machen, darin besteht, die große Tradition der europäischen Sozialdemokratie wiederaufzugreifen, die einzige sozialistische Tradition, die zu sozialistischen Regierungsparteien geführt hat. Aber ich bin nicht so blind, um mir nicht darüber im Klaren zu sein, daß dies eine lange, schwierige, unwegsame Straße sein wird. Doch ich bin genauso davon überzeugt, daß die Linke, wenn sie nicht versucht, diesen Weg gangbar zu machen, kein anderes Schicksal haben wird als das der permanenten Opposition oder der zweideutigen Bündnisse.«¹²

Grund genug, unser Gespräch, das einige der Themenkreise berührt, die im letzten Jahrgang Schwerpunkte der Diskussion in der *Prokla* gewesen sind, mit der Frage nach dem 'Modell' der westdeutschen Sozialdemokratie zu beginnen. Das Gespräch wurde Anfang August 1980 geführt.

Otto Kallscheuer



Norberto Bobbio

Braucht die italienische Linke ein »Bad Godesberg«?

PROKLA: 'Modell Deutschland' kann ja zweierlei bedeuten: Zum einen steht dieser Wahlkampflogan der SPD für ein bestimmtes 'Modell' der Strategie der Arbeiterbewegung in einer kapitalistischen Demokratie (wie es im Godesberger Programm der SPD von 1959 und im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 umschrieben ist). Zum anderen wird mit 'Modell Deutschland' auch die – ökonomische, politische, kulturelle – Gesamtentwicklung der Bundesrepublik angesprochen, die natürlich ohne die positive Haltung der Arbeiterorganisationen gegenüber dem westlichen Bündnissystem, dem demokratischen Rechtsstaat und dem – auf Export orientierten – expansiven industriellen Wachstumsmodell nicht in dieser Weise hätte stattfinden können.

Beide Aspekte von Modell Deutschland sind nun traditionellerweise von der italienischen Linken stets abgelehnt, politisch und ideologisch bekämpft worden.

Hat sich aber heute nicht dieses Negativpanorama der BRD in der italienischen Linken verändert? Die Kommunisten versuchen, auf europäischer Ebene zu einer Konzertation mit der sozialdemokratischen Außenpolitik zu kommen. Enrico Berlinguer und Giorgio Napolitano sind voll des Lobes für die Haltung der Schmidt-Regierung, die sich (im Gegensatz zur Regierung Cossiga) auch in der Vorwahlzeit nicht vor der Probe auf die Entspannungspolitik gedrückt habe.

Selbst in der Terrorismusbekämpfung ist die 'Germanisierung' kein rotes Tuch mehr – im Gegenteil: Der Dialog von Innenminister Baum mit Horst Mahler wird zum positiven Modell für die politische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in Italien.¹³

Und auch die ideologischen Barrieren scheinen soweit gefallen zu sein, daß Gian Enrico Rusconi jüngst die Frage stellen konnte, wieweit nicht auch das Godesberger Programm nach Italien »exportierbar« sei.¹⁴

N.B.: Bis zu welchem Punkt hier eine wirkliche Veränderung eingetreten ist, weiß ich

nicht. Jedenfalls fehlen mir die Informationen dazu, um zu sagen, daß sich generell die Haltung der italienischen Linken gegenüber Westdeutschland verändert hat. Wenn überhaupt ein solcher Gesinnungswandel stattgefunden haben sollte – ich lebe ja eher in der Welt des Kampfs der Ideen als der des täglichen politischen Kampfes – so scheint mir, daß Sie eher anspielen auf eine gewisse Neubewertung gegenüber der Wende, die die SPD 1959 mit dem Godesberger Programm vollzogen hat. Das ist aber eine ganz andere Ebene, die Ebene der theoretischen Diskussion – die Neubewertung eines *historischen* Phänomens wie des Godesberger Parteitags der SPD, das von der gesamten italienischen Linken immer als ausgesprochen negativ empfunden wurde. Man sollte jedoch auch hier sehr vorsichtig sein: da Sie auf den Artikel meines Freundes Rusconi anspielen (den er in der Zeitschrift *il Mulino* veröffentlicht hat, in dem er die Geschichte der 'Godesberger' SPD referierte, die in der italienischen Linken sehr wenig bekannt war), so war die Absicht dieses Artikels keineswegs klar. War es eine bloße historische Neubewertung? Oder war es der Versuch, das Godesberger Programm den Parteien der italienischen Linken als positives Beispiel aufzuzeigen? Als ich den Artikel gelesen hatte, da schrieb ich ihm, daß ich nicht recht verstanden hätte, welche *politischen* Konsequenzen er aus diesem Artikel ableiten wolle. Er antwortete mir, er sei der Auffassung, daß die italienische Linke in gewisser Weise einen ebensolchen Sprung aus ihrer Tradition heraus machen müsse, einen Bruch mit ihrer marxistischen und leninistischen Vergangenheit.

Einen Sprung – aber wohin?

... eine Absage an die Tradition, um eine offen sozialdemokratische Haltung zu übernehmen, so wie es die SPD seinerzeit in Bad Godesberg getan habe. Wir haben dann zur Frage eines 'italienischen Bad Godesberg' (Bobbio lacht) eine Diskussionsveranstaltung organisiert – wir sind ja Kollegen an der Turiner Universität. Rusconi sagte, daß nunmehr in Italien die Kommunistische Partei, die ja bereits beim Eurokommunismus angekommen ist, die ja bereits gegenüber ihrer Tradition sehr viele Schritte vorwärts gemacht hat, und die nunmehr (nach einem in den letzten Jahren bei uns viel verwandten Ausdruck) 'mitten in der Furt'¹⁵ stehe, um endlich am anderen Ufer anzukommen, das tun müsse, was seinerzeit die SPD auf ihrem Godesberger Parteitag getan hat: eine neue Prinzipienklärung abzugeben. Auf diese Weise würde 'Modell Deutschland' natürlich in viel direkterem Sinne ein Modell für die italienische Linke. Massimo Salvadori erklärte sich in dieser Diskussion im wesentlichen einverstanden mit dieser These ...

... die er ja selbst schon ähnlich in mehreren Beiträgen für Mondo Operaio (der theoretischen Zeitschrift der PSI) vorgebracht hat.¹⁶

Er las einige Sätze aus dem Godesberger Programm vor und stellte einige Erklärungen aus Reden von Enrico Berlinguer daneben, in denen Berlinguer nichts anderes sagte als das Godesberger Programm auch. Seine These war also die eines 'schleichenden Bad Godesberg': das italienische Bad Godesberg sei faktisch im Grunde bereits eingetreten, aber noch nicht als solches (an-)Jerkannt worden.

Ich selbst habe dann in meinem Beitrag gesagt, daß ich eine solche Entwicklung der KPI für wenig wahrscheinlich halte, daß vielmehr eine solche Veränderung, ein derartiger qualitativer Sprung aus der marxistischen Tradition bereits stattgefunden habe – aber in der sozialistischen Partei. Der Bruch der PSI mit ihrer marxistischen, ihrer 'maximalistischen'¹⁷ Tradition hat bereits stattgefunden. Die Kommunistische Partei dagegen kann einen solchen Schritt nicht vollziehen, weil ihre Führer noch stark an eine andere Tradition gebunden sind und eine derartige Revision nie akzeptieren würden, genausowenig wie eine be-

stimmte Basis der KPI. Die Sozialistische Partei aber hat dieses 'Bad Godesberg' bereits hinter sich, allerdings, ohne daß dies ein politisches Ergebnis gezeigt hätte; während ja die deutsche Sozialdemokratie ein wichtiges politisches Ergebnis auch durch Bad Godesberg erreicht hat: nämlich die Erweiterung ihrer Konsensbasis.

Es war ja auch eine Art von deutschem 'historischen Kompromiß' der durch Bad Godesberg, durch die Absage an eine verbindliche Weltanschauung (die ja ein Zug des Marxismus nicht nur der Dritten, sondern auch der Zweiten Internationale war) möglich geworden ist: das Eindringen der SPD in katholische Bevölkerungsteile.¹⁸ Und ein spätes Ergebnis dieses 'historischen Kompromisses' konnte man bei den letzten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen beobachten, als zum erstenmal – wegen Strauß – traditionell katholische Arbeiterbezirke am Niederrhein sozialdemokratisch gewählt haben.

Sehen Sie: In der BRD hat Bad Godesberg also einen erfolgreichen Ausgang gehabt; in Italien hat das 'Bad Godesberg' der Sozialisten gar kein Ergebnis gehabt, auch wenn es weniger offiziell und zum Teil – wenn Sie an Graxi's Aufsatz über Proudhon denken¹⁹ – sehr viel oberflächlicher stattfand. Aber ich denke auch nicht in erster Linie an diesen problematischen Aufsatz von Graxi, sondern an das 'progetto socialista', das viel interessanter ist.²⁰ Vor einigen Jahren hat die PSI einen Programmvorschlag vorbereitet; es gab sogar eine Assoziation für das 'progetto socialista' (die aber, wie alles andere in Italien auch, nicht funktioniert hat). Dieser Programmvorschlag war von einer Gruppe sehr ernsthafter sozialistischer Intellektueller ausgearbeitet worden und behandelte alle Probleme sozialistischer Politik – internationale Fragen, Wirtschaftsordnung, Planungsmethoden, Bildungssystem, Demokratie usw. – ; er war also kein bloß mittelfristiger Programmvorschlag wie der der Kommunisten.²¹ (Irgendeinen ideologischen Einfluß der deutschen Sozialdemokratie gab es dabei jedoch nicht – wenn überhaupt, orientierte man sich ein wenig an den Vorstellungen der französischen Sozialisten.) Dieses 'progetto socialista' war ein sozialistischer, aber nicht marxistischer Programmwurf, dergestalt, daß ihn der linke Parteiflügel mit dem Argument 'unmarxistisch' abgelehnt hat. Ich sage das nur, um deutlich zu machen, daß die PSI mit diesem 'progetto socialista' ihren Bruch mit ihrer marxistischen Tradition bereits vollzogen hatte.

Denn die italienische sozialistische Partei ist – ebenso wie die deutsche Sozialdemokratie – immer eine marxistische Partei gewesen: Das waren die beiden marxistischen Parteien der Zweiten Internationale. In der italienischen sozialistischen Partei war die Linke wie die Rechte immer marxistisch. Auch die Reformisten haben sich immer als Marxisten verstanden – gerade Turati und Mondolfo, der sein Freund und der theoretische Interpret des Reformismus in den zwanziger Jahren war, als die große Streitfrage des italienischen Sozialismus lautete 'Sollen wir es machen wie in Rußland?'. Als damals die Maximalisten riefen 'Viva Lenin, Viva Lenin! Machen wir es den Russen nach!', da vertraten die Reformisten – Turati als Politiker, Mondolfo als Theoretiker – die Auffassung, daß es unmöglich sei, in Rußland eine 'società regolata', eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, da die Entwicklung der Produktivkräfte noch nicht weit genug fortgeschritten sei – also mit den bekannten Argumenten des reformistischen Marxismus in Westeuropa, wie Otto Bauer, Karl Kautsky usw.²² Denn Mondolfo verstand sich als Marxist!²³ Mit dieser Tradition hat also die Sozialistische Partei bereits gebrochen, ihren Sprung in eine neue Phase eines nicht mehr marxistischen Sozialismus bereits vollzogen – jedoch ohne relevantes politisches Ergebnis. Und 'Modell Deutschland' als Modell für die KPI kann ich mir nicht vorstellen.

Ein bestimmender Faktor im 'Modell Deutschland' war und ist nun auch die Position der

Gewerkschaften im politischen System und die Form der industriellen Beziehungen. Die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik, aber auch die organisatorische Struktur der Gewerkschaften – wir haben ja anders als in Italien die Einheitsgewerkschaft mit Industrieverbänden – haben sicher zu einer beachtlichen Verhandlungsmacht und auch politischen Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung geführt. Diese Stärke ist jedoch relativ zentralistisch gehandhabt worden (vor allem in der Tarifpolitik) und vornehmlich in – wie wir in der BRD sagen – 'verrechtlichten' Formen zum Tragen gekommen, eine 'Institutionalisierung des Klassenkonflikts' (Dabrendorf), die auch von Zügen der 'Verstaatlichung' nicht frei war. Beide Aspekte – die zentralistische Verfaßtheit und die institutionalistische Strategie der deutschen Gewerkschaften – sind nun in den 60er und 70er Jahren von der italienischen Gewerkschaftsbewegung immer sehr stark kritisiert worden. So hat Bruno Trentin²⁴ einmal gesagt: »Entweder es gelingt uns, die italienische Art des Arbeiterkampfes in die anderen Länder Europas zu exportieren, oder es wird dem Kapital gelingen, die DGB-Politik nach Italien zu importieren.«

In dem Maße nun, wie das klassenkämpferische Modell der 'Rätegewerkschaft'²⁵ in Italien in die Defensive geraten ist, werden in den italienischen Gewerkschaften Praktiken der Zentralisierung und Institutionalisierung nicht mehr generell abgelehnt, sondern zum Teil sogar gefordert. Die bisherige Form des gewerkschaftlichen Kampfes – so konnte man unlängst in der Kommunistischen Zeitung Rinascita in einer Kritik gerade an der gewerkschaftspolitischen Linie von Trentin lesen – habe zu sehr auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, auf die jeweils aktuelle Verhandlungsmacht der Arbeiterklasse gebaut und daher zu Unrecht die Mittel der Gesetzgebung und der staatlichen Institutionen zugunsten des bloßen Tarifvertrags abgelehnt. In Ländern wie Schweden und der BRD hingegen gebe es »demokratische Institutionensysteme, deren Instrumente und Mechanismen nicht notwendigerweise automatisch durch veränderte Kräfteverhältnisse und politische Mehrheiten infrage gestellt werden können.«²⁶ Wird jetzt die DGB-Politik von der italienischen Linken selbst importiert?

Dazu kann ich nur sagen, daß ich immer der Auffassung war, daß die Kritik der italienischen Arbeiterbewegung an der westdeutschen Entwicklung auf einer äußerst geringen Kenntnis der BRD beruhte, und daß sie vielleicht sogar von einem gewissen Nationalstolz beeinflusst war: Wir, die italienischen Gewerkschaftler, sind fortgeschrittener als unsere deutschen Kollegen, weil wir (dieser Ausdruck wurde oft verwandt) *konfliktualistischer* sind als die Deutschen. Und dieser Konfliktualismus wurde immer als eine Charakteristik der italienischen Gewerkschaften und damit auch des italienischen politischen Systems angesehen, als eine Art Vorzug, als Zeichen dafür, daß Italien fortgeschrittener sei als andere Länder – während ich genau der gegenteiligen Auffassung bin: daß nämlich dieser erbitterte Konfliktualismus ein Anzeichen für die Tatsache ist, daß das kapitalistisch-demokratische System in Italien zurückgebliebener ist als in der BRD. Davon bin ich jedenfalls überzeugt.

Wenn also jetzt auch in der italienischen Gewerkschaftsbewegung eine Veränderung der Bewertung Westdeutschlands stattfinden sollte – aber wie gesagt, davon weiß ich nichts – so halte ich das für ein positives Faktum.

Man könnte vielleicht sagen, daß heute der Gegensatz von institutionalisierter und konfliktualistischer Gewerkschaft (sindacato-istituzione versus sindacato-conflitto)²⁷ weniger als äußerer Gegensatz aufgefaßt wird, hier BRD dort Italien, sondern als internes Problem der italienischen Gewerkschaftsbewegung selbst. Halten Sie denn diesen Gegensatz als Alter-

native überhaupt für sinnvoll? Oder – allgemeiner gefragt: Bedeutet Ihre positive Wert-schätzung dieser Aspekte von 'Modell Deutschland', daß Sie überhaupt den Weg der 'Ver-rechtlichung' gesellschaftlicher Beziehungen für einen geeigneteren Weg zum Sozialismus halten als einen sagen wir 'konfliktualistischen' Weg der Selbsttätigkeit gesellschaftlicher Bewegungen?

Ich glaube nicht, daß unser Problem in Italien die Frage nach dem richtigen 'Weg zum So-zialismus' ist. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß das Grundproblem für die italienische Linke die Frage der *Alternanz* – also einer demokratischen Ablösung der Regierung – und der *Alternative* ist – also der Beendigung der über dreißig Jahre währenden christdemokra-tischen Hegemonie! Das ist unser Problem in Italien! In der BRD, wo es mit der soziallibe-ralen Koalition eine solche Alternative zur Vorherrschaft der CDU gegeben hat, mag es sehr wohl sein, daß sich irgendwann die Frage des Wegs zum Sozialismus stellt, während diese Frage heute in Italien kein unmittelbar anstehendes Problem betrifft. Was also den 'Weg zum Sozialismus' angeht, so sollte man heute für Italien jegliche Illusion in diese Richtung fahren lassen! Wenn ich dagegen in den Reden und Schriften der italienischen Linken, z.B. bei Berlinguer Sätze lese wie »den Ausweg aus dem Kapitalismus« ... , so hat ein solcher Ausdruck heute in Italien *keinerlei politische Bedeutung*, allenfalls eine propa-gandistische Bedeutung.

Wenn die italienischen Linksparteien heute ein politisches Ziel haben können, so das eine: an die Regierung zu kommen, also eine mehrheitsfähige Koalition zu bilden, um dann in der Regierung eine bessere *Regierungsfähigkeit* zu beweisen als die, die uns die Christde-mokratie seit Jahren vorexerziert hat; also auf nationaler Ebene das zu wiederholen, was in Italien bereits auf lokaler Ebene und vor allem in den Regionen bereits stattgefunden hat. Das Problem, das sich die italienische Linke heute stellen kann, ist also *nicht*, den Kapita-lismus zu beseitigen, sondern, einige der schlimmsten Verzerrungen und Ungerechtigkei-ten, die das kapitalistische System hervorgebracht hat, zu korrigieren, vor allem in der Ver-teilung des Reichtums. Dies, eine gerechtere Verteilungspolitik zu machen, scheint mir die Aufgabe der Linken in Italien zu sein, und darum halte ich das Problem des 'Wegs zum Sozialismus' für absolut verfrüht.

Nun ist ja eine derartige Verteilungspolitik der Weg gewesen, der in Nordeuropa zwar nicht zum Sozialismus geführt hat, ...

... sondern zum Sozialstaat ...

... wobei in der BRD eine weitergehende Umverteilung von der SPD zwar angekündigt und wohl auch versucht, aber letzten Endes nicht durchgeführt worden ist: ein Beispiel ist die auf der Strecke gebliebene Steuerreform. Denn mit der Restriktion der günstigen Welt-marktbedingungen für eine lineare Weiterentwicklung des ökonomischen 'Modells Deutschland' beginnen gerade die Schwierigkeiten für eine höhere Verteilungsgerechtig-keit anstrebende Politik mit den Mitteln des kapitalistischen Sozialstaates. Und so ist in Westdeutschland unsere Kritik an der Sozialdemokratie immer gewesen, daß die Vorstel-lung einer Reichtumsumverteilung, die nur auf den Bereich der Distribution beschränkt bleibt, ohne auch im Produktionsbereich – innerhalb der Fabrik – die Kräfteverhältnisse zu verändern, eine Illusion bleiben müsse.

»Mehr Demokratie wagen!«

Einer der Programmpunkte, mit dem die SPD Anfang der 70er Jahre damals die politische Wende eingeleitet hat, war das berühmte 'Mehr Demokratie wagen!' von Willy Brandt's erster Regierungserklärung. Auch Sie haben ja immer die Auffassung vertreten, daß die sogenannte 'formale', indirekte, repräsentative Demokratie nicht allein ein historisches Produkt der bürgerlichen Revolution ist, sondern ein universeller Wert, und zwar als System bestimmter Regeln der politischen Willensbildung. Wenn Sie in ihrer damaligen Auseinandersetzung mit Togliatti und Della Volpe das »wahrhaft entscheidende Problem« definiert haben als »Verhältnis zwischen Gesellschaftssystem²⁸ (Vorherrschaft der bürgerlichen oder der proletarischen Klasse) und Regierungsform (liberal-demokratisch oder diktatorisch)«²⁹, haben die italienischen Kommunisten diese ihre Auffassung der liberalen oder repräsentativ demokratischen Ordnung lange Zeit als 'formalistisch', abgelehnt und ihr eine Vorstellung von 'substantieller', von der Arbeiterklasse und den Volksmassen ausgehender Demokratie entgegengesetzt.³⁰

Ich habe immer gesagt, daß der Ausdruck 'repräsentative Demokratie' noch ein sehr vager Begriff ist. Denn die repräsentative Demokratie hat in Wirklichkeit tiefgreifende Veränderungen durchgemacht.

Erstens: Nehmen wir das Beispiel der *Ausweitung des Wahlrechts*. Der Übergang vom beschränkten zum allgemeinen Stimmrecht ist, was das politische System angeht, eine der tiefgreifendsten Veränderungen der demokratischen Länder unseres Jahrhunderts. Es ist eine quantitative Veränderung – (lachend) und jetzt will ich keine Hegelsche Dialektik von Quantität und Qualität spielen lassen – aber es handelt sich auch um einen qualitativen Unterschied. Die Machtverhältnisse haben sich beim Übergang von einer beschränkten repräsentativen Demokratie zu einer erweiterten repräsentativen Demokratie entscheidend verändert, doch die Linke scheint diesen qualitativen Unterschied völlig vergessen zu haben. Und dies verwundert um so mehr, da die Ausweitung des Wahlrechts eine große Errungenschaft der Linken war, die große demokratische Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Die bürgerlichen herrschenden Klassen hätten den Radius der Wahlberechtigten niemals erweitert, wenn es nicht die in diese Richtung treibenden Kräfte der Arbeiterbewegung gegeben hätte. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist in der Regel erst dort eingeführt worden, wo sich die Parteien der Arbeiterbewegung bereits gebildet hatten. In Italien wurde die erste große Ausweitung des Wahlrechts 1912 in der Giolitti'schen Periode eingeführt, als sich Giolitti darüber im klaren wurde, daß der politische Raum für die Arbeiterklasse, für die Massen der Bevölkerung geöffnet werden mußte. Oder nehmen Sie die Geschichte der Demokratie in Deutschland seit Bismarck, wo es eine eingeschränkte repräsentative Demokratie gab ... Die repräsentative Demokratie ist also kein statisches System, sondern ein System, das sich beständig in Entwicklung befindet hat. Warum stellt man diese Differenzen, die – ich wiederhole – große Errungenschaften der Linken sind, nicht in Rechnung, wenn man allgemein von 'repräsentativer Demokratie' spricht?

Zweitens: Eine andere Form, die repräsentative Demokratie auszuweiten, besteht in der Ausweitung nicht der Anzahl der *Subjekte*, die an ihr teilhaben, sondern die Erweiterung der *Bereiche*, an denen Teilhabe stattfindet. Als zu einem bestimmten Zeitpunkt die repräsentative Demokratie vom Parlament ausgedehnt wurde hin zur Lokalverwaltung – in Italien auf die Regional- und Lokalregierungen – oder als man versuchte (und dies ist in Italien ein sehr fruchtbares Experiment gewesen), Elternräte, Schüler- und Studentenräte in

praktisch allen Schulen und Hochschulen zu wählen, so sind dies alles weitere Äußerungsformen der repräsentativen Demokratie, die nicht mehr nur auf die Wahl des Parlaments beschränkt wird, sondern z.B. auch auf die Schulen ausgedehnt wird.

Drittens: die *industrielle Demokratie*, die sogenannte 'Wirtschaftsdemokratie' – worum handelt es sich dabei, wenn nicht um die Ausweitung der repräsentativen Demokratie auf die Fabrik? Wenn es heißt 'Demokratie im Parlament, Despotismus in der Fabrik', wie beseitigt man den Despotismus in der Fabrik? Indem man alle jene Regeln der repräsentativen Demokratie in die Fabrik einführt, wonach die Delegierten gewählt werden, und zwar in freien Wahlen auf Zeit, die periodisch stattfinden müssen ...

Sehen Sie: Die repräsentative Demokratie ist ein hervorragendes Instrument, aber ein Instrument, das wir noch viel zu wenig angewandt haben. Und es kommt der Linken zu, *es ist die große politische Aufgabe der Linken, die repräsentative Demokratie auszudehnen und sie damit zu verstärken!* Ich sage immer 'repräsentative Demokratie', um nicht einfach 'Demokratie' zu sagen.

Jede Demokratie ist repräsentativ, ...

... wenn man mal von den Fällen absieht, wo man die Betroffenen direkt in einer Vollversammlung vereinigen kann, oder von Referenden. Ich halte auch die Referenden für ein wichtiges Instrument demokratischer Teilhabe am politischen Prozeß, aber sie lösen das Problem der Regierungsform nicht. Denn man kann nicht alle politischen Probleme durch Referenden entscheiden. Es wird immer eine beschränkte Repräsentanz durch Personen geben müssen, die sich als Beruf, d.h. mit höherer technischer Kompetenz mit Politik befassen. Deshalb spreche ich von repräsentativer Demokratie, aber ich könnte auch einfach von Demokratie sprechen. Ich halte es für äußerst wichtig, daß die Linke sich über die *historische Bedeutung der Demokratie* klar wird, darüber, was die Linke noch zur Entwicklung der Demokratie tun kann!

Klassengesellschaft oder Pluralistische Gesellschaft?

In welchem Verhältnis aber steht die Demokratie zur Klassenstruktur der westlichen Gesellschaft? Auch Macpherson etwa geht – wie Sie – von der Voraussetzung aus, daß die Demokratie ein System von Regeln darstellt. Dieses System wurde aber erst für kapitalistische Gesellschaften operativ, als J. Bentham und J.S. Mill entdeckten, daß das allgemeine Wahlrecht nicht notwendig eine Gefahr für das Eigentum der besitzenden Klassen bedeuten müsse. Macpherson versucht also zu erklären, wieso die Bourgeoisie trotz allgemeinen Wahlrechts an der Macht bleiben konnte. Sein erstes Erklärungselement – und dies ist für ihn die Geburtsstunde der 'liberalen Demokratie in England'³¹ – ist das Klassenbündnis von Industriellen, Arbeiterklasse und Mittelklassen für die Reform-Bill von 1832 gegen die Privilegien der landlords; sein zweites Erklärungselement ist dann die 'zähmende Wirkung', die das Parteiensystem mit seiner Kompromißstruktur auf die Ausweitung des Wahlrechts gehabt hat.³²

Macpherson versucht also – ich habe dies nur als Beispiel aufgeführt – einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Demokratie als Regelsystem, dem Parteiensystem oder politischen System und der Macht verschiedener Klassen, während ich bei Ihren Schriften immer den Eindruck hatte, daß Sie den Unterschied zwischen dem soziologischen Gesichtspunkt (Klassenherrschaft) und dem – sagen wir – politologischen Gesichtspunkt (Regie-

rungsform) stärker betonen als die Frage, wie beide Aspekte in einem Gesellschaftssystem zusammengehalten werden.

Was meinen Sie, wenn Sie *Klassengesichtspunkt* sagen? Wenn Sie damit sagen wollen, daß man über die Demokratie, d.h. auch über die Ausweitung der Demokratie die Klassengesellschaft nicht *abschaffen* kann – also, das weiß ich auch nicht ... Oder wollen Sie damit etwa behaupten, daß heute eine Gesellschaft mit fortgeschrittener Demokratie eine Klassengesellschaft im gleichen Sinne ist wie die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts eine Klassengesellschaft war? Als Marx von Klassengesellschaft sprach, da hatte er eine Gesellschaft vor sich, in der man noch nicht einmal von einer wirklichen Demokratie sprechen konnte. Das Wahlrecht war sehr eingeschränkt, auch in England, wo die erste Ausweitung des Wahlrechts ja erst 1867 stattfand. Glauben Sie nicht, daß seitdem die Erfahrung der Demokratie, die Praxis der Demokratie, der Erweiterung der demokratischen Basis, die Beteiligung der Massen am politischen Leben durch die *Massenparteien*, daß dieser gewaltige Zuwachs an demokratischer Teilhabe nicht auch die Klassengesellschaft aus Marxens Zeiten in eine andere Gesellschaft transformiert hat? (Denn die Massenparteien sind Organe der Teilhabe der Bürger am politischen Leben, während – darin liegt ja der Unterschied zwischen Wählerpartei und Massenpartei – eine bloße Wählerpartei nur zu den Wahlen unter den Bürgern tätig ist. Die Massenpartei hingegen *organisiert* ihre Mitglieder und Sympathisanten nicht nur zum Zeitpunkt der Wahl, sondern auch zwischen den Wahlen, sie stellt also eine ununterbrochene Teilnahme am politischen Prozeß her: so ist die kommunistische Partei Italiens eine Partei der ständigen Teilhabe ihrer Mitglieder.) Können wir wirklich sagen, daß die heutige Gesellschaft, in der es wie gesagt die repräsentative Demokratie mit allgemeinem gleichen Wahlrecht, in der es die Massenparteien gibt usw. ..., im gleichen Sinne, wie es die Gesellschaft zu Marxens Zeiten war, eine Klassengesellschaft ist? Dies ist die Frage, die ich den Marxisten stellen möchte.

Die affirmative Antwort – es handelt sich um eine Klassengesellschaft im Marx'schen Sinne – setzt natürlich eine bestimmte Abstraktionsebene voraus und bezieht sich vornehmlich auf die Produktionsverhältnisse. Sie lautet dann, daß die heutige Gesellschaft in dem Sinne Klassengesellschaft ist, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln (auch wenn es in Teilbereichen durch Arbeits- und Sozialgesetzgebung, Mitbestimmung usw. beeinträchtigt worden sein mag) bei der Klasse der Kapitaleigner verblieben ist und im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß als Kapital fungiert ...

... aber eine heutige Gesellschaft des entwickelten Kapitalismus mit repräsentativer Demokratie, allgemeinem Wahlrecht usw. ist doch eine sehr viel pluralistischer strukturierte Gesellschaft als die Klassengesellschaft, wie sie sich Marx vorstellte: als *antagonistische* Klassengesellschaft, als ob es im wesentlichen nur zwei einander gegenüberstehende Klassen gebe ...

... zwei 'Lager', wie es im Kommunistischen Manifest heißt,

... also eine *dichotomische* Gesellschaft. Wenn wir heute den Begriff der '*pluralistischen Gesellschaft*' verwenden, so nicht zufällig, sondern um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die heutige Gesellschaft sehr viel zersplitterter ist. Ich weiß nicht, ob dies gut oder schlecht ist, aber es ist eine Feststellung von Tatsachen.

Ich bin der Auffassung – und das ist für einen Marxisten sicher eine Häresie – daß es heute sehr viel realistischer ist, diese fortgeschrittenen Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt der amerikanischen Theorie der Interessengruppen und Einflußgruppen zu betrachten als nach der marxistischen Theorie der antagonistischen Klassen. Es sind Gesellschaften von

Interessengruppen. Was sind denn im Grunde die Gewerkschaften anderes als Interessengruppen? Gerade in Italien gibt es doch nicht *eine* Gewerkschaft, die 'dem Kapital' entgegengesetzt ist. Wenn man allein an die Gewerkschaften denkt, die es bei uns an den Schulen, Hochschulen, im Bildungswesen gibt, wo jede Berufsgruppe, die mehr als zehn Leute umfaßt, ihre eigene Gewerkschaft hat. Anfangs schien die Gewerkschaft nur die Organisation der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital zu sein. Heute macht jeder, der seine Interessen verteidigen will, seine eigene Gewerkschaft auf, etwa die Eisenbahner, die sicher keine Klasse sind. Es gibt in Italien vier oder fünf Eisenbahnergewerkschaften, die alle sehr großen Einfluß haben. Heute kann in Italien ein Streik der Eisenbahner, die keine Klasse, sondern eine Berufsgruppe sind, das Land mehr lahmlegen, als eine 'Klassendemonstration', die von der Kommunistischen Partei organisiert wird. All dies führt dazu, daß eine Gesellschaft wie die unsere sehr zersplittert, sehr fragmentiert ist: eine Gesellschaft, in der die Subjekte, die zählen, nicht mehr die Individuen sind – wie es die alte ideale Auffassung des Liberalismus vorsah – sondern die Korporationen (wobei ich nicht die amerikanischen 'corporations' meine, sondern die Interessenverbände).

Zu dieser Frage wollte ich kommen. Man versucht ja heute, die politische Struktur der spät-kapitalistischen Gesellschaft mit der Theorie des 'politischen Marktes', auf dem sich verschiedene Interessengruppen begegnen und verhandeln, zu erklären. Zwischen den verhandlungsmächtigsten Verbänden von Kapital und Arbeit sei es dabei zu relativ stabilen 'neokorporativen Strukturen' gekommen ...³³

Genau – ich halte es für wesentlich realistischer, von 'Neokorporativismus' zu sprechen als von Klassengesellschaft für eine Gesellschaft wie die unsere, in der die Demokratie jedem das Bewußtsein seiner eigenen Rechte vermittelt hat, und damit auch das Bewußtsein der Möglichkeit, über seine Interessenverbände die Entscheidungen zu beeinflussen ... in Italien vor allem durch das Mittel des Streiks. Die heutige Gesellschaft wird also immer komplexer – (lachend) aber ich will diesen Ausdruck 'Komplexität' (auf deutsch), der jetzt auch in Italien zu einem Schlüsselbegriff für alle Probleme geworden ist,³⁴ nicht überstrapazieren... Dennoch ist da etwas Wahres dran: die heutige Gesellschaft ist sehr viel komplexer als die Gesellschaft zu Zeiten von Karl Marx; und darum nützen uns wahrscheinlich auch viele der begrifflichen Instrumente von Marx nicht mehr viel. Aber wenn ich von einer viel 'komplexeren' Gesellschaft rede, so will ich damit nur sagen, daß man heute nicht mehr in dem einfachen Sinn von Klassengesellschaft reden kann, in dem dies noch zu Marx' Zeiten möglich war oder auch in den Zeiten der Zweiten Internationale, als es die sozialdemokratische Partei gab, die den bürgerlichen Konservativen Parteien gegenüberstand.

Die Kommunistische Partei Italiens und die westliche Demokratie

Scheint es Ihnen aber nicht so, daß in Italien heute diejenige Partei, die (um den Lubmann'schen Ausdruck zu benutzen) die gesellschaftliche 'Komplexität' ausschließlich auf die politischen Mechanismen der repräsentativen Demokratie reduzieren will, ausgerechnet die Kommunistische Partei ist?

Ist es zum Beispiel nicht gerade die Kommunistische Partei, die dann, wenn solche Streiks, wie die von Ihnen angeführten, stattfinden, von 'korporativen' Streiks spricht, (wobei sie 'korporativ' wie Gramsci im Sinne von 'ständisch', also in pejorativer Bedeutung verwenden

det), um zum Ausdruck zu bringen, daß für die KPI die Entscheidung über diese Probleme ausschließlich den Parteien im Parlament zukommt? Ist damit nicht heute in Italien diejenige politische Kraft, die die repräsentative Demokratie gerade im alten Sinne, im klassischen Sinne verteidigt, die Kommunistische Partei?

Ja, da gebe ich Ihnen durchaus Recht. Aber sehen Sie, die Kommunistische Partei ist eine Partei, die immer auf zwei Ebenen spielt, die also gewissermaßen immer zwei Eisen im Feuer hat: auf der Ebene der Demokratie, des Parlaments, usw. ... aber auch auf der Ebene der Massenmobilisierung. In diesem Sinne ist die Kommunistische Partei die *einzigste authentische Partei der Linken*, die es heute in Italien gibt, weil sie die einzige italienische Partei ist, die noch über die Fähigkeit verfügt, die Massen zu mobilisieren. Diese Tatsache sollte man nie vergessen! Gerade die Sozialisten täten heute gut daran, sie nicht zu vergessen. Denn der Unterschied zwischen einer Arbeiterpartei oder Linkspartei oder Massenpartei und einer bürgerlichen Partei oder Partei der Mittelschichten ist die Fähigkeit zur Mobilisierung der Massen. Und die Kommunistische Partei verfügt über diese Fähigkeiten, während die anderen Parteien in Italien diese Fähigkeiten nicht besitzen. Die KPI kann beschließen, eine Massenkundgebung zu veranstalten und sie dann erfolgreich durchführen

...

*... sogar gegen die Gewerkschaften, wie wir gerade gesehen haben.*³⁵

Dies kann in Italien keine andere Partei, weder die Sozialistische Partei, noch die Christdemokratische Partei, die doch die Partei mit 40 % der Wählerstimmen ist, und sicher kann es die Neue Linke nicht. Die neue Linke kann einen 'corteo', einen Demonstrationzug veranstalten (wenn man dabei 400 - 1000 Leute zusammenkriegt, dann ist eine solche Demonstration meistens schon erfolgreich), wenn man aber einen Platz in Rom, Turin oder Mailand füllen will, so kann das in Italien nur die Kommunistische Partei!

Ich weiß nicht, ob Sie einmal an einem nationalen Festival der (Parteizeitung) *Unità* teilgenommen haben. Es ist äußerst beeindruckend. Ich selbst habe (in erster Person, d.h. als Teilnehmer von Podiumsdiskussionen) zweimal an nationalen *Unità*-Festivals teilgenommen. In Neapel haben wir damals das Problem des Pluralismus aufgeworfen. Sie wissen ja, in Italien gibt es in jedem Jahr *ein* Problem – das 'Thema des Jahres' – und damals war es der Pluralismus, denn es war genau die Zeit, als alle kommunistischen Parteiführer und natürlich alle ihre intellektuellen Sprachrohre den Pluralismus im Munde führten.³⁶ Ich habe in meinem Einleitungsbeitrag die Rolle des Provokateurs übernommen, also Fragen gestellt: Wie könnt ihr von Pluralismus sprechen, wenn die gesamte Tradition des Marxismus-Leninismus in die Richtung der monokratischen Herrschaftsform, der Einheitspartei geht? Und ich versichere Ihnen, dieser riesige Saal war voll von Menschen, die interessiert waren, die sich beteiligten, die sogar meine Provokationen als normal empfanden (nicht so wie gewisse Gruppen der Neuen Linken, die geschrien hätten »scemo, scemo« – Schwachkopf – und mich nicht hätten reden lassen). Diese kommunistischen Massen verkörpern eine gewisse Kultur, denn die Kommunistische Partei hat oder verkörpert auch eine beachtliche politische Erziehung.

Ich kann das ganz leidenschaftslos sagen, denn ich bin niemals Kommunist gewesen und verspüre keinerlei Versuchung, es je zu werden. Dies als Antwort auf Ihre Frage: Die Kommunistische Partei ist wirklich eine demokratische Partei, aber auch jene Kraft zur Mobilisierung. Daher kommt es, daß ohne die KPI in Italien nur äußerst schwer regiert werden kann. Das ist die Wahrheit.

Auf ihrem XV. Parteikongreß 1979 hat sich die KPI auf das Ziel »einer auf die politische

Demokratie gegründeten sozialistischen Gesellschaft» festgelegt. In welchem Verhältnis steht nun diese Zielformulierung zur 'democrazia progressiva', zur 'fortschreitenden Demokratie', der Ausdruck, mit dem Togliatti in der Nachkriegszeit die politischen Ziele der KPI zusammenfaßte? Die eurokommunistischen Theoretiker sehen ja heute in dieser 'fortschreitenden Demokratie' Togliatti's bereits die erste, entscheidende Etappe der Abkehr vom sowjetischen Modell hin zu einem eigenständigen demokratischen Weg zum Sozialismus.³⁷

Auf der anderen Seite sieht ein linker Kritiker wie Franco Sbarberi in der Formel der 'democrazia progressiva' bereits die völlige Akzeptierung der parlamentarischen Demokratie, was für ihn gleichbedeutend ist mit der Aufgabe »jeglicher klassischen Hypothese des Übergangs zum Sozialismus, d. h. der Suche nach und dem Vorantreiben von institutionellen Alternativen zum Parlamentarismus von der Basis her zugunsten einer rein 'staatsfixierten' Demokratievorstellung.³⁸

Damals war die 'democrazia progressiva' einfach eine Parole, eine bloße Formel: In einem Land innerhalb des amerikanischen Einflußbereichs hatte eine Partei 'demokratisch' zu sein – oder sie hatte keinerlei Überlebenschancen! Und die Kommunisten wußten nur zu gut, daß die KPI völlig hätte ausgelöscht werden können. Es ist klar, daß die 'democrazia progressiva' eine bloße Formel war ...

... meinen Sie eine bloß instrumentelle, taktische Formel?

Sicher war Togliatti davon überzeugt, daß die KPI nur dann würde am Aufbau des neuen Italien teilnehmen können, wenn er aus ihr eine große demokratische Partei machte. Jedoch hat Togliatti nie auf den Grundgedanken verzichtet – und ich glaube, daß nicht einmal Berlinguer im Grunde davon abgelassen hat – daß das entscheidende Problem für eine politische Arbeiterpartei darin besteht, *die Macht zu ergreifen!* Wenn zum Beispiel bei den Wahlen von 1948 die 'Fronte'³⁹ die Mehrheit der Stimmen erhalten hätte, was dann passiert wäre, weiß ich nicht ... denn die Truppen der Amerikaner waren ja seit dem Kriege noch in Italien. Wahrscheinlich hätte die 'Fronte' versucht, mit allen Mitteln die Entwicklung einer *westlichen Demokratie* zu verhindern.

Enrico Berlinguer hat vor einem Monat auf die Frage eines Journalisten der *Repubblica* eine Antwort gegeben, die mich einen Augenblick hat den Atem anhalten lassen und mich jedenfalls sehr überrascht hat. Auf die Frage der '*alternanza*', also des Wechsels von Regierung und Opposition angesprochen, antwortete er: ja sicher sind wir für demokratischen Regierungswechsel, aber wir wollen auf keinen Fall, daß bei uns dasselbe passiert, was jetzt in England oder anderen Ländern geschehen ist; daß nämlich, wenn die anderen, also die Konservativen wieder an der Regierung sind, diese dann all das wieder zerstören, was von der Linken aufgebaut wurde. Diese Vorstellung der Alternanz im Abwechseln von Regierung und Opposition existiert also meiner Ansicht nach in den Köpfen der kommunistischen Führer in Wirklichkeit noch gar nicht. Und wenn diese Vorstellung des Regierungswechsels fehlt, dann kann man nicht von repräsentativer Demokratie im westlichen Sinne sprechen. Ich glaube, daß die Barriere zwischen den Kommunisten und den Demokraten (im weitesten Sinne des Wortes) immer noch hier verläuft.

Wenn die italienischen Kommunisten also von ihrer »Erneuerung in der Kontinuität« sprechen, so würden Sie hier, in dem, was Sie 'Nichtakzeptieren der Alternanz' nennen, eine Kontinuität der italienischen kommunistischen Tradition ansiedeln!

Ja.

Zwei Gründe für die »Krise des Marxismus«

Mir schien, daß es eine andere Grundlage für die Annäherung der italienischen Kommunisten an die westliche repräsentative Demokratie gibt, die ich vor allem in den Schriften eines Kommunisten gefunden habe, der sowohl Berater Togliatti's als auch Berlinguer's gewesen ist – Franco Rodano: nämlich die Vorstellung, daß es seit dem Faschismus, in der Ära des Imperialismus, eine grundlegende Unvereinbarkeit zwischen entwickeltem Kapitalismus (wenn wir mal die Theorie der 'semifeudalen Überreste' beiseite lassen) und politischer Demokratie gibt.⁴⁰

Ich würde sagen, das haben wir alle geglaubt. Sicher ist der entwickelte Kapitalismus mit der Demokratie vereinbar; aber wir können für unsere Länder, Deutschland und Italien, die einfache historische Feststellung treffen, daß der Kapitalismus zu einem bestimmten Zeitpunkt die demokratischen Regeln unterbrochen hat, um sein ökonomisches System wieder in Gang zu bringen. Und es gibt keinen Zweifel daran, daß dies *mit* zur Grundlage des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus gehört – ich sage nicht: *nur* dieser Umstand, aber *auch* er!

Dennoch wurden wir alle gezwungen, diese unsere Vorstellung zu ändern, und zwar aufgrund der Entwicklung der Sowjetunion. Was behindert die Entwicklung der Demokratie mehr: eher der Kapitalismus oder eher der – ich weiß nicht, wie man das ökonomische System der Sowjetunion bezeichnen soll – sagen wir Kollektivismus?

Das ist der entscheidende Punkt, und *hier ist auch die gesamte 'Krise des Marxismus' entstanden*: an dem Punkt nämlich, als sich auch die italienischen Kommunisten und ihre Führer über die *Krise des sowjetischen Systems* klar geworden sind! Ich sage dies auch, weil mir scheint (nach dem was ich von Ihnen gelesen habe⁴¹), daß Sie diesen Grund für die Krise des Marxismus nicht ausreichend in Rechnung stellen. Das Land, oder die Länder, die sich an den Ideen von Marx – und hier interessiert mich nicht, ob sie den 'ganzen Marx' verstanden oder falsch interpretiert haben – oder des Marxismus-Leninismus orientiert haben, sind Länder, die ihr Ziel verfehlt haben, die menschliche Emanzipation! Der Kampf für die Emanzipation, jenes wundervolle Wort aus der sozialistischen Tradition – Kampf für die Emanzipation des Proletariats, der Menschheit – dieser Kampf ist in der Sowjetunion gescheitert. Oder können wir etwa behaupten, daß das sowjetische Volk emanzipierter sei als die Bevölkerung der Bundesrepublik?

Das ist für mich – ich wiederhole – der entscheidende Punkt: das Scheitern jenes großartigen Experiments der Sowjetunion, der ersten großen sozialistischen Revolution – vielleicht auch der chinesischen Revolution, obwohl die chinesische Revolution in einer Welt mit ganz anderen Traditionen stattfand, auf die man das marxistische Emanzipationsmodell nur sehr schwer anwenden kann – während die russische Gesellschaft doch seit Jahrhunderten im kulturellen, politischen und ökonomischen Einflußbereich des kapitalistischen Westens stand ...

... oder zumindest doch die sozialdemokratische Intelligenz Rußlands, ...

die an die Tradition der ersten und zweiten Internationale gebunden war. Dieses Scheitern der russischen Revolution scheint mir das dramatische Problem zu sein, das hinter der sogenannten 'Krise des Marxismus' steht.

Denn ich glaube ja nicht, daß der Kapitalismus *völlig* mit der Demokratie vereinbar ist. Es kann sehr gut wieder der Fall eintreten, daß der Kapitalismus eine neue Blockierung der demokratischen Entwicklung durchsetzen wird. Ich weiß nicht, was in der Zukunft in den

kapitalistischen Ländern passieren wird. Aber ich konstatiere, daß es in der Nachkriegszeit in den kapitalistischen Ländern nicht nur eine Bewahrung, sondern eine Entwicklung der Demokratie gegeben hat.

Wir kommen also auch von der Krise des Marxismus wieder zurück zum Problem der Demokratie: Wenn das sowjetische Modell versagt hat, werden denn die demokratischen Regierungssysteme die Probe der nächsten Zeit überstehen können? Und vor allem: werden die demokratischen Arbeiterparteien die Probleme der kapitalistischen Entwicklung und Krise bewältigen? Jene sozialdemokratische Umverteilungspolitik, die Sie sich für morgen in Italien wünschen, ist ja in der BRD bereits heute in eine ernsthafte Perspektivkrise geraten, die die SPD ebenso wie die Gewerkschaften in lebenswichtigen Punkten bereits erfaßt (so sehr auch im Wahlkampf Einigkeit großgeschrieben ist). Die Arbeiterbewegung des 'Modells, Deutschland' hat keine Antwort auf die sogenannte 'strukturelle Arbeitslosigkeit', da sie am ökonomischen Entwicklungsmodell festhält, das heute – mit der Umstrukturierung der internationalen Arbeitsteilung, den internen Umwälzungen der Struktur ganzer Industriebranchen – gerade zu dieser Freisetzung von Arbeitskräften führt. Dazu kommen Probleme, die dieses industrielle Wachstum selbst hervorgebracht hat wie die ökologische Krise und neue soziale Bewegungen, die sich dem Konsens des 'Modell Deutschland' entziehen wie die Anti-Atomkraftbewegung, auf die sich auch neue politische Strömungen – bei uns die 'Grünen' – beziehen.

Gleichzeitig hat auch in der BRD schon längst das begonnen, was in England oder Italien die 'neoliberale Offensive' heißt: der Druck gesellschaftlicher und politischer Kräfte – für die Strauß nur ein Vertreter ist –, die auf Reduzierung des Sozialstaates und gleichzeitig auf Stärkung eines autoritären Staates abzielen.

Ist es da unrealistisch, wenn die Politikwissenschaft (nicht nur konservativer Prägung) zur Hypothese der 'Unregierbarkeit' kapitalistischer Demokratien kommt?⁴²

Gegenüber diesen gewaltigen Problemen der heutigen Gesellschaft, angefangen von der ökonomischen Krise bis hin zu den Problemen der Umwelt, haben wir doch *alle* noch sehr unklare Lösungsvorstellungen. Ich glaube, daß wir hier die nötige Bescheidenheit besitzen müssen, nicht vorschnell zu radikale Urteile zu fällen oder zu utopische Programme aufzustellen.

Sicher, es gibt diese '*Krise der Regierbarkeit*', ohne Zweifel. In Deutschland ist dieses Thema ja viel mehr diskutiert worden als in Italien – denn (Bobbio lacht) wenn man in Italien von Regierbarkeit spricht, so heißt das *all'italiana* nicht mehr als bloß die Bildung einer Regierung. Die 'Regierbarkeit' sicherzustellen heißt bei uns nicht, dafür zu sorgen, daß die Regierung tatsächlich regiert, sondern, daß überhaupt irgendeine Regierung zustandekommt.⁴³ Also ich bin in der Tat der Auffassung, daß es diese 'Krise der Regierbarkeit' gibt: weil die Gesellschaft sehr viel komplexer geworden ist, aber auch, weil es in der Geschichte Unvorhersehbarkeiten gibt. Sehen Sie, in der gesamten theoretischen Tradition der Linken – die so sehr vom Marxismus beeinflusst ist, der eine Geschichtsphilosophie vom Typ derer des 19. Jahrhunderts war – gibt es doch diese Vorstellung, den Gang der Ereignisse vorhersehen zu können⁴⁴, wonach die Geschichte des Kapitalismus einen bestimmten Entwicklungsverlauf haben würde. Diese Vorstellung ist doch in der Kultur der Linken ziemlich verankert. Doch sie traf nicht zu. Die Geschichte des Kapitalismus ist anders verlaufen, die Linke hat in ihren Prognosen gewaltige Fehleinschätzungen gemacht.

Und dies ist die *zweite grundlegende Ursache der Krise des Marxismus* – neben der Krise des sowjetischen Modells – die Tatsache nämlich, daß sich viele der marxistischen Voraussa-

gen nicht bewahrheitet haben. Der Kapitalismus ist ein System, dem es gelungen ist, beständig seine Krisen zu überwinden. Das, was wir heute den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat nennen, kann mit gutem Recht – wie es die Neue Linke ja auch tut – »der Staat des Kapitals« genannt werden.⁴⁵

Krise der Demokratie?

Sicher ist der Kapitalismus in der Lage, seine Haut zu wechseln, vor allem seine staatliche Haut zu wechseln – vom Liberalismus zum Faschismus zum Wohlfahrtsstaat usw. ... Aber unser Problem, das Problem der Linken ist doch, ihn daran zu hindern, die Demokratie auszuwechseln. Denn die 'Krise der Regierbarkeit' kann ja auch gesehen werden – und sie ist von der Trilateralen Kommission angesehen worden – als 'Krise der Demokratie'.⁴⁶

Sind die Grundprobleme der gegenwärtigen Gesellschaft eigentlich gebunden an den Kapitalismus oder an die industrielle Entwicklung überhaupt? Nehmen wir nur die Energiekrise... (Bobbio lacht) abgesehen von der Tatsache, daß man nicht vorhersehen konnte, daß der liebe Gott den größten Teil des Erdöls an die arabischen Staaten gegeben hatte – auch das gehört zum Zufall in der Geschichte, daß das Erdöl, die wichtigste Energiequelle des Industriesystems der letzten Jahrzehnte, zum entscheidenden Teil den arabischen Staaten gehört, die auch durch ihre religiöse Tradition miteinander verbunden sind. Dies ist also ein völlig unvorhersehbares Element der Krise, das vom Charakter der industriellen Entwicklung überhaupt und nicht allein vom Kapitalismus abhängt. Meinen Sie nicht, daß die Energiekrise auch die sozialistischen Länder erreichen wird, wenn das industrielle Wachstum so weitergeht wie bisher?

Sie ist schon längst da; darum setzen die sozialistischen Länder ja auf die Entwicklung der Atomenergie ...

Ist es denn dann richtig, daß die Linke die Verantwortung für alle auftretenden Krisen dem Phänomen Kapitalismus zuschreibt? Die Sowjetunion ist keine kapitalistische, sondern eine kollektivistische Gesellschaft – ohne Privatkapital, Profit usw. – teilt aber mit dem Kapitalismus die Probleme des industriellen Wachstums. Ist nicht die industrielle Entwicklung das wirkliche Problem der gegenwärtigen Geschichte, der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, eher als der Kapitalismus? Der Kapitalismus war *einer* der Triebkräfte – vielleicht die größte Triebkraft der industriellen Entwicklung. Aber unser Problem heute ist, ob die industrielle Entwicklung so weitergehen kann oder wie man dem unkontrollierten Wachstum Einhalt gebieten kann.

Ich will damit andeuten, daß es Probleme, daß es Krisen der heutigen Gesellschaften gibt, die den Kapitalismus *transzendieren*; und daß es deshalb ein Irrtum ist, zu glauben, man könne alle Probleme – z.B. das des Wachstums – dadurch lösen, daß man den Kapitalismus bekämpft.

Diese These gibt es bei uns auch, in der 'grünen Bewegung' und sie wird beileibe nicht nur von Linken vertreten. Gerade von einem Genossen wird sie aber in einer Wendung vorgebracht, die Ihnen sicher nicht zusagen wird. Es handelt sich um Wolfgang Harich, der in den 50er Jahren in der DDR Herausgeber der Zeitschrift für Philosophie und einer der Exponenten der in der DDR gescheiterten Enstalinisierung war. Seit einigen Jahren lebt er im Westen und arbeitet aktiv bei den 'Grünen' mit. Er vertritt in einem noch in der DDR geschriebenen Buch⁴⁷ folgende Auffassung: Wenn – wie Sie sagen – die Folgen des Wach-

stums ein Problem darstellen, das den Horizont des Kapitalismus transzendiert, dann ist – so Wolfgang Harich – der ökologisch verantwortliche Umgang mit den 'Grenzen des Wachstums' – ein Problem, dessen Bewältigung um so mehr den Horizont demokratischer Prozeduren der Entscheidungsfindung transzendiert.

Es gibt also nicht nur bei den neokonservativen Politologen der 'Unregierbarkeitstheorie', sondern auch in der ökologischen Bewegung selbst Tendenzen, die in Richtung auf einen 'Ausweg aus der Demokratie' argumentieren.

Ich will Ihnen in großer Aufrichtigkeit sagen: die Zukunft der Demokratie ist *in keiner Weise gesichert!* Davon bin ich zutiefst überzeugt – abgesehen davon, daß ich nicht an den Fortschritt in der Geschichte glaube, niemand glaubt heute mehr an den 'unaufhaltsamen Fortschritt', die Geschichte macht wahrscheinlich Sprünge, verläuft im Zickzack ... Wir leben heute in einer historischen Situation, in der die Demokratie in all den Ländern, in denen sie am Leben geblieben ist (und es sind im Weltmaßstab insgesamt recht wenige!), ernstlich bedroht ist. Bedroht durch die ökonomische Krise, bedroht aber auch von einer bestimmten moralischen Krise, einer moralischen Ermüdung. (Denn sicher muß die Demokratie auch von einer moralischen Haltung getragen werden, die anderen anzuerkennen, die Meinung der anderen zu respektieren – die Demokratie beruht auf dem Prinzip der Toleranz). Die heutige 'geistige Situation der Zeit' ist eine Situation der Krise.

Um zum Schluß zu kommen: Wir machen zwar unsere Scherze über das Versagen des 'sowjetischen Modells', aber ich möchte nicht erleben, daß in dieser – ökonomischen, sozialen, moralischen – Krisensituation das sowjetische Modell das Modell des 'Zukunftsstaates' werden könnte: der *aufgeklärte Despotismus*. Das sowjetische Modell (natürlich nicht Stalin, aber die heutige Sowjetunion) ist der bis zu seinen äußersten Konsequenzen getriebene aufgeklärte Despotismus.

In Europa wurde der aufgeklärte Despotismus ja gerade von den Philosophen der Aufklärung gepriesen: Die einzige Möglichkeit, die Probleme der Menschheit zu lösen, sei der aufgeklärte Despot – Katharina von Rußland, Friedrich II. von Preußen – da es jemanden geben müsse, der den Überblick über die Gesamtgesellschaft hat, ohne sich in den Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen zu verlieren.

Ich bin also keineswegs sicher, ob die Demokratie – die ich natürlich auch unter ethischen Gesichtspunkten als die höhere Lebensform ansehe – gegenüber dem aufgeklärten Despotismus wird überleben können. Denn der aufgeklärte Despotismus hat auch seine Vorteile. Worin liegt denn heute eine der größten Ursachen der 'Unregierbarkeit'?

In der Demokratie! Wenn man von 'Unregierbarkeit' spricht, so bezieht man sich doch vor allem auf ein bestimmtes Ungleichgewicht zwischen den gesellschaftlichen (Nach)Fragen,⁴⁸ die von unten kommen, und den Möglichkeiten ihrer Beantwortungen von oben. Heute kommt aus der Gesellschaft sehr viel mehr an Nachfrage, als jede Regierung, auch die bestmögliche aller Regierungen, zu befriedigen in der Lage ist. Das ist es ja, was die Amerikaner 'overload' nennen: ein überlastetes System, ...

... oder was Habermas die 'Rationalitätskrise' des politisch-administrativen Systems nennt.⁴⁹

Woher kommt nun diese Überlastung an gesellschaftlicher Nachfrage? Von der Demokratie. In der Demokratie gibt es viele Parteien, und jede Partei stellt ihre Forderungen. Es gibt das allgemeine Wahlrecht – jedes Individuum hat seine Rechte, um seine Bedürfnisse zu artikulieren. Sie organisieren sich in Gewerkschaften, veranstalten Demonstrationen. Denn wenn 20 Personen vor den Montecitorio-Palast ziehen mit einem Transparent 'Wir

wollen ...', so ist das gesellschaftliche Nachfrage. Dies hat die Demokratie möglich gemacht.

Worin besteht nun die einfachste Möglichkeit, diese Krise der Regierbarkeit zu lösen? Sie besteht darin, die Möglichkeit zu beseitigen, (Nach)Fragen zu stellen. Und um die Fragen zu beseitigen, muß man die Demokratie beseitigen. In einem Land, in dem es keine unabhängigen Gewerkschaften gibt, in dem es keine Parteien, sondern nur eine Einheitspartei gibt, nicht zu vergessen die Presse – wieviele Bedürfnisse werden von der Presse artikuliert – in dem es keine Pressefreiheit, sondern nur Staatspresse gibt, wo die Leute nicht mit Transparenten auf den Roten Platz ziehen können, um zu sagen 'wir wollen dieses und jenes' ... Der sowjetische aufgeklärte Despotismus löst also auf seine Weise das Problem der Regierbarkeit genau dadurch, daß er den größten Teil der Fragen beseitigt. Es ist sehr viel einfacher, befriedigende Antworten zu geben, wenn man die Fragen einschränkt, wenn man Herr nicht nur über die Antwort, sondern auch über die Frage ist. In der Demokratie ist die Regierung Herr über die Antwort, aber nicht über die Fragen. Genau das passiert gegenwärtig in Italien – alle stellen Forderungen – und es handelt sich offenkundig um eines der Resultate der Demokratie, die den Bereich der möglichen Fragen beständig erweitert hat; es ist eine der Ausdrucksformen der *Emancipation*, Fragen stellen, Forderungen aufstellen zu können. Und hier entsteht dann in der Tat die große Versuchung, das Problem nicht über die Ausweitung der Möglichkeiten der Antwort, sondern über eine Begrenzung der Möglichkeit der Fragen lösen zu wollen.

Anmerkungen

- 1 Hier nur eine Auswahl seiner wichtigsten Bücher und Aufsatzsammlungen: »Introduzione alla filosofia del diritto« (1947); »Italia civile« (1964); »Giusnaturalismo e positivismo giuridico« (1965); »Da Hobbes a Marx« (1965); »Saggi sulla scienza politica in Italia« (1969); »Una filosofia militante. Studi su Carlo Cattaneo« (1971); »Dalla Struttura alla funzione. Nuovi Studi di teoria del diritto« (1977); »Il problema della guerra e le vie della pace« (1979). In deutscher Sprache s. Norberto Bobbio, »Hegel und die Naturrechtslehre«, in: M. Riedel (Hg.), »Materialien zu Hegels Rechtsphilosophie«, Bd. 2, Frankfurt/M. 1975, S. 81-108; und N. Bobbio, »Grundfreiheiten und gesellschaftliche Formierungen«, in: *Demokratie und Recht*, N.1/1976, S. 31-53.
- 2 vgl. dazu die informative Darstellung von Esther Modena-Burckhardt, »Von 'Giustizia e Libertà' zum 'Partito d'Azione'« (= Bd. 1 der Schriftenreihe der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung), Zürich, Limmat-Verlag 1974.
- 3 Bei den Wahlen im Juni 1946 erhielten die Kommunisten 18,9 % der Stimmen, die Sozialisten 20,7 % und die Aktionspartei 1,5 %!
- 4 »Intelletuali e vita politica in Italia«, jetzt im Sammelband: N. Bobbio, »Politica e cultura«, Turin (Einaudi), 1955 (Reprint 1974), S. 123.
- 5 Vgl. das Kapitel, das Alberto Asor-Rosa in seiner italienischen Kulturgeschichte (»Storia d'Italia Einaudi«, Bd. IV, »Dall'unità a oggi«, 2. »La cultura«, Turin 1975, S. 1615 ff.) der Diskussion über Kommunismus und Liberalismus zwischen Bobbio und Togliatti gewidmet hat.
- 6 Vgl. die im Sammelband »Politica e cultura«, a.a.O. versammelten Artikel Bobbio's aus den Jahren 1951-1955.
- 7 N. Bobbio, »Quale Socialismo? Discussione di un'alternativa«, Turin (Einaudi) 1976, S. XVI
- 8 »Sozialisten, Kommunisten und der Staat. Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische De-

mokratie«, Hamburg 1977;

Altwater/Kallscheuer (Hg.) »Den Staat diskutieren. Kontroversen über eine These von Louis Althusser«, Berlin 1979

- 9 Hier sei nur an einige seiner wichtigsten Beiträge zur Diskussion des Marxismus erinnert: »Note sulla dialettica in Gramsci« (auf dem Gramsci-Kongreß 1958); »Gramsci e la concezione della società civile« (Referat auf dem Gramsci-Kongreß 1967), »Marxismo e scienze sociali« (Referat auf dem italienischen Soziologenkongreß 1974) »La Nonviolenza è un alternativa?« (Referat auf dem Kongreß über Marxismus und Gewaltlosigkeit, Florenz 1975). S. a. seine in Anm. 6-8 angegebenen Schriften.
- 10 So hat Bobbio bereits 1949 die Marx'schen Pariser Manuskripte zum erstenmal in Italien veröffentlicht, 1946 Feuerbach's »Grundsätze der Philosophie der Zukunft«; und 1968 eine Sammlung der Schriften von Rodolfo Mondolfo, des nach Labriola und neben Gramsci wichtigsten marxistischen Philosophen Italiens bis zum zweiten Weltkrieg herausgegeben: Rodolfo Mondolfo »Umanismo di Marx. Studi filosofici 1908-1966«, mit ausführlicher Einleitung von Bobbio (alle im Verlag Einaudi, Turin)
- 11 Vgl. die Diskussion von Giuliano Amato, Lucio Colletti, Luigi Pintor und Massimo L. Salvadori »Le due anime del PSI«, *Mondo Operaio*, N.2, Febr. 1980, S. 5 ff.
- 12 N. Bobbio, »Un Partito tra due fuochi«, *Mondo Operaio*, N.2, Febr. 1980, S.14
- 13 s. A. Bolaffi, »Introduzione«, in: Horst Mahler »Per la critica del terrorismo«, Bari (De Donato) 1980, S. 5-20
- 14 G.E. Rusconi, »Bad Godesberg è un modello?«, in: *il mulino*, N.6/1979, hier S. 936. Vgl. auch die Diskussion von A. Bolaffi, E. Collotti und G.E. Rusconi »Si decide sul modello tedesco (e delle socialdemocrazie)«, in: *Rinascita*, N. 43. 9.11. 1979
- 15 Der Ausdruck »in mezzo al guado« wurde vom Herausgeber der unabhängigen Tageszeitung *La Repubblica*, E. Scalfari zur Charakterisierung der unbequemen politischen Situation der KPI i.J. 1978 (in der Regierungsmehrheit, aber ohne Regierungsmacht) ebenso wie ihrer ideologischen Linie (eurokommunistische Revision des Leninismus bei gleichzeitiger Behauptung seiner Kontinuität) kreiert und dann von Giorgio Napolitano, dem Führer der KPI, dem man am meisten 'sozialdemokratische Neigungen' zuschreibt, zum Titel seines letzten Buches gemacht.
- 16 s. die Aufsatzsammlung von M.L. Salvadori, »Eurocomunismo e socialismo sovietico. Problemi attuali del PCI e del movimento operaio«, Turin (Einaudi) 1978, sowie auf deutsch seinen in »Sozialisten, Kommunisten und der Staat«, a.a.O. übersetzten Aufsatz über Gramsci und die KPI.
- 17 'Maximalisten' wurde der Flügel der italienischen Sozialisten genannt, der nach dem 1. Weltkrieg zwar politisch für eine Räterevolution nach dem Vorbild des russischen Oktober eintrat, aber die organisatorische Unterordnung unter die 21 Prinzipien der kommunistischen Internationale ebenso ablehnte wie er nicht in der Lage gewesen war, seine Generalstreikaufrufe in eine effektive politische Führung der Rätebewegung umzusetzen: Die Weigerung der 'Maximalisten' unter Serrati, die sozialistische Partei zu verlassen und die Weigerung der extremen Linken um Bordiga und Gramsci, mit ihnen zusammenzuarbeiten, führte u.a. dazu, daß die Abspaltung der Kommunisten in Italien sehr viel weiter 'links' als in anderen westeuropäischen Ländern erfolgte. Nach der Konstituierung der Kommunistischen Partei 1921 in Livorno schlossen die 'Maximalisten' dann den reformistischen Flügel unter Turati (der für ein Bündnis der Arbeiterbewegung mit der liberalen Bourgeoisie eintrat) aus der PSI aus, so daß sich die Arbeiterbewegung gegenüber der Machtergreifung Mussolinis dreifach gespalten und hilflos fand. Erst 1930 war es in der Emigration zur Wiedervereinigung von 'Maximalisten' und 'Reformisten' gekommen.
- 18 Natürlich umfaßte der Berlinguer'sche Vorschlag des 'historischen Kompromisses' mehr als das Bündnis der kommunistischen Arbeiterbewegung mit den katholischen Strömungen des italienischen Volkes. Vgl. die Kontroverse in *Prokla*, Nr. 26, 29 und 32.
- 19 Bettino Craxi's »sozialistisches Evangelium«, in dem er dem 'diktatorischen' Marxismus und der

- 'asiatischen Restauration' des Leninismus einen freiheitlichen 'Marktsozialismus' der Tradition Proudhon's gegenüberstellte, erschien am 22.8.1978 in der Wochenzeitschrift *L'Espresso*.
- 20 »L' alternativa dei socialisti. Il Progetto di programma del PSI«, Rom (documenti Mondo Operaio Edizioni Avanti!) 1978
- 21 »Proposta di progetto a medio termine«, verfaßt von einer Kommission der KPI-Führung. Rom (Editori Riuniti) 1977
- 22 vgl. N. Bobbio, »Mondolfo e la rivoluzione russa«, in: Autori Vari, »Filosofia e Marxismo nell'opera di Rodolfo Mondolfo«. Florenz (La Nuova Italia) 1979, S. 201-225
- 23 s. Bobbio's Einleitung zu Mondolfo »Umanismo di Marx«, a.a.O.
- 24 B. Trentin, bis 1977 Führer der vereinigten Metallarbeitergewerkschaft FLM, heute Sekretär des kommunistisch-sozialistisch orientierten Dachverbands CGIL, war einer der charismatischen Arbeiterführer des italienischen 'heißen Herbstes'. Vgl. das Interview mit ihm »In der Krise haben sich die Prioritäten gewerkschaftlicher Politik verändert«, in: *Prokla*, N. 31, S. 171 ff.
- 25 »Il sindacato dei consigli« - Die Rätegewerkschaft - ist auch der programmatische Titel des letzten Buchs von Trentin über die letzten »zehn Jahre italienischer Geschichte auf der Seite der Arbeiterklasse«, Rom (Riuniti) 1980
- 26 Fabrizio D'Agostini, »Trentin fa i conti con il sindacato dei consigli« (Rezension des in Anm. 25 angeführten Buchs), in: *Rinascita* (Beilage: Libri), N. 29, 18.7.1980; vgl. die Antwort Trentins »L'alternativa al sindacato istituzione«, in: *Rinascita*, N. 32, 8.8.1980 sowie B. Trentin, »La frontiera della programmazione e i compiti del sindacato«, in: Trentin/Amato/Magno, »Il piano d'impresa e il ruolo del sindacato in Italia«, Bari (De Donato) 1980, S. 7-33
- 27 In diesen Termini werden in der neueren gewerkschaftlichen Diskussion zwei entgegengesetzte Tendenzen benannt, die beide *innerhalb* der italienischen Gewerkschaftsbewegung selbst entstehen: die konfliktuelle oder Protestgewerkschaft, die sich (wie ein Vorwurf lautet) zu sehr an den Interessen einzelner konfliktfähiger Arbeiterkategorien orientiert, einerseits und die Gewerkschaft als Subjekt oder Partner staatlicher Wirtschaftspolitik, die sich (wie ein Vorwurf lautet) allzu zentralistisch gegenüber Mitgliederinteressen abschottet und in eine 'neokorporative' Konzentration mit Staat und/oder Arbeitgeberseite einbinden läßt, andererseits. Vgl. neben der im Anm. 26 angezeigten Diskussion exemplarisch: Pio Galli und Lucio Magri in: *Pace e guerra*, N.3, Mai 1980; sowie G. Giugni »Il rebus dei due sindacati«, *Repubblica*, 29.7.1980; sowie die Diskussion zwischen dem Gewerkschaftsforscher Giugni und dem CGIL - Chef Lama in: *Rinascita*, N. 30, 25.7.80
- 28 im italienischen: società civile
- 29 N. Bobbio, »Democrazia e dittatura«, in: »Politica e cultura«, a.a.O. S. 153
- 30 Galvano della Volpe, »Comunismo e democrazia moderna«, in: *Nuovi Argomenti*, N.7, marzo-aprile 1954; Palmiro Togliatti (unter Pseudonym 'Roderigo di Castiglia') »Il tema della libertà«, in: *Rinascita*, nov.-dic. 1954
- 31 C.B. Macpherson, »The life and times of liberal democracy«, Oxford (University Press) 1977, S. 23-43
- 32 »The party system has been the means of reconciling universal equal franchise with the maintenance of unequal society.« Ebda. S. 69
- 33 Als Überblick über die 'Neokorporatismus'-Diskussion s. Leo Panitch, »The development of corporatism in liberal democracies«, in: *Comparative political studies*, vol. 10, N. 1, April 1977; Klaus von Beyme, »Der Neo-Korporatismus und die Politik des begrenzten Pluralismus in der Bundesrepublik«, in: Habermas (Hg.), »Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit«, Bd. 1, Frankfurt/M. 1979, S. 229 ff.; H. Kastendiek, »Neokorporatismus?«, in: *Prokla*, N. 38
- 34 Bobbio spielt auf die derzeit in Italien unter kommunistischen Intellektuellen grassierende 'Luhmann-Mode' an.
- 35 Die kommunistische Opposition zwang die Gewerkschaften im Juni 1980, ihre Übereinkunft mit der Regierung Cossiga über eine per Dekret einzuführende (stabilitätspolitische) Abgabe von 0,50 % für alle abhängigen Einkommen zur Schaffung eines (von den Gewerkschaften mit

- zu verwaltenden) 'Solidaritätsfonds' für arbeitsplatzschaffende Investition in Süditalien wieder aufzukündigen, indem sie als Partei zahlreiche Massendemonstrationen und Betriebsversammlungen gegen das Dekret initiierte.
- 36 s. »Sozialisten, Kommunisten und der Staat«, a.a.O.
- 37 s. Giuseppe Vacca, »Saggio su Togliatti e la tradizione comunista«, Bari (De Donato) 1974; Biagio De Giovanni, in: »Gramsci-Debatte 1«, Hamburg 1978, v.a. S. 55 ff.
- 38 F. Sbarberi, »I comunisti italiani e lo stato 1929-1956«, Milano (Feltrinelli) 1980, S. 14 (aber vor allem S. 204 ff.)
- 39 1948 stellten sich KPI und PSI gemeinsam zur Wahl als »Demokratische Volksfront für Freiheit, Frieden und Arbeit«.
- 40 Franco Rodano, »Sulla politica dei Comunisti«, Turin (Boringheri) 1975
- 41 Bobbio bezieht sich hier auf die Einleitung zu »Den Staat diskutieren«, a.a.O.
- 42 vgl. W. Hennis u.a., »Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung« Bd. 1 Stuttgart 1977; C. Offe, »'Unregierbarkeit'. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien«. in: Habermas (Hg.), »Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit'«. Bd.1, a.a.O., S. 294 ff.
- 43 Anspielung auf die politische Linie des sozialistischen Parteiführers Craxi.
- 44 »Die Kommunisten... haben theoretisch von der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.« MEW 4, S. 474
- 45 J. Agnoli, »Überlegungen zum bürgerlichen Staat«, Berlin 1975
- 46 Crozier/Huntington/Watanuki (Hg.), »The crisis of democracy. Report on the governability of democracies to the Trilateral Commission«, New York (University Press) 1975
- 47 W. Harich, »Kommunismus ohne Wachstum?«, Reinbek 1975
- 48 italienisch 'domanda' bedeutet sowohl Frage (wie: Antwort) als auch Nachfrage (wie: Angebot)
- 49 J. Habermas, »Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus«, Frankfurt/M. 1973; s.a. Offe, a.a.O.